

Herr Lübken stellte den Mitgliedern den vorgesehenen Verfahrens- und Zeitablauf bis zur Verabschiedung des Schulentwicklungsplanes vor.

Anschließend ging Herr Schober auf die im vorgelegten Schulentwicklungsplan enthaltenen Änderungen ein. Es seien die aktuellen Schülerzahlen und die weitere Bevölkerungsentwicklung mit aktuellen Zahlen eingearbeitet worden. Die Prognose der demographischen Entwicklung sei bewusst auf den Zeitraum der nächsten 10 Jahre beschränkt worden, da bei Zugrundelegen einer längerfristigen Entwicklung größere Unwägbarkeiten in der Prognose stecken würden.

Dem Plan seien in einem Zusatzkapitel noch weitere Schwerpunkte beigelegt worden. Es sei versucht worden, die generelle, aktuelle Entwicklung im deutschen Schulwesen darzustellen sowie die wichtigsten Strömungen und Entwicklungen zu beschreiben. Weiterhin sei auf die Besonderheit der Aufhebung der Schulbezirke mit deren möglichen Entwicklungen hingewiesen worden. Es seien ferner Empfehlungen zum einzigen Steuerungsinstrument des Schulträgers, der Festlegung der Zügigkeit der Schulen, gegeben und absehbare Veränderungen in der regionalen Schullandschaft aufgezeigt worden. Im weiteren Verlauf stand er für Fragen zur Verfügung.

Herr Dr. Lennartz bedankte sich für die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes. Er teilte mit, er habe noch einen umfangreicheren Fragenkatalog, der Diskussionsgrundlage für die weiteren Beratungen sei und ggf. noch eingearbeitet werde müsse. Im weiteren Verlauf erläuterte er den Fragenkatalog.

Protokollanmerkung: Der Fragenkatalog wird nachfolgend wie vom Ausschuss gewünscht ausführlicher dargestellt, um Herrn Schober Gelegenheit zu geben, zu den in der Sitzung angesprochenen Fragen und Anregungen Stellung zu beziehen und diese ggf. noch in den Schulentwicklungsplan einzuarbeiten (Die Seitenangaben beziehen sich auf die gedruckten Zahlen des Schulentwicklungsplanes oben und nicht auf die handschriftlichen Zahlen unten auf der Einladung.)

Auf Seite 5 ist angegeben, künftig wird die Hälfte jedes Jahrgangs studieren. Wie stellt sich die Situation in Sankt Augustin dar?

Am Ende der Vorbemerkungen auf Seite 6 fehlt eine Aussage über die Ausländersituation an den Schulen in Sankt Augustin.

Auf Seite 7 fehlen noch weitere Sankt Augustiner Sonderschulen und die Waldorfschule in Hangelar, die auch Schüler aus dem Stadtgebiet aufnehmen.

Auf Seite 9 wird der Mädchen- und Jungenanteil behandelt. Herrn Dr. Lennartz sei bekannt, zur Zeit liege der Anteil der Studentinnen höher als der der Studenten, ebenso verhalte es sich bei den Studienabschlüssen und bald bei den Promotionen. In Sankt Augustin verhalte es sich nach der Tabelle anders. Daher bitte er um eine Aussage zu Anteilen der Abiturienten und ob dann ggf. ein Jungenförderprogramm erforderlich sei.

Auf Seite 11 ist die Religionszugehörigkeit dargestellt. Auffällig dabei sei beispielsweise, dass die evangelische und die katholische Schule in Hangelar, die jeweils durch erhebliche Anteile anderer Religionszugehöriger besucht würden. Daher sollten Zusammenschlüsse von Schulen mit in die Überlegungen einbezogen werden.

Auf Seite 13 wird der Anteil der Ausländerkinder behandelt. Es sollte eine differenziertere Aussage zu den Nationalitäten getätigt werden, damit etwaige Probleme erkannt und ggf. Lösungen entwickelt werden können, um einen größeren Anteil an Realschülern und Gymnasiasten zu erzielen.

Auf Seite 15 werden Wanderungsverluste der 20 bis 30jährigen behandelt. Es müsse untersucht

werden, ob die Abgewanderten wieder zurückkehren oder nicht.

Seite 16 weist einen höheren Bevölkerungsverlust in Sankt Augustin gegenüber anderen Städten aus. Daher stelle sich die Frage, ob Sankt Augustin nicht attraktiv genug ist.

Aus den nächsten beiden Seiten lässt sich entnehmen, dass die Zahl der über 60jährigen über den Zahlen der 6 bis 15jährigen liegt. Muss in diesem Zuge nicht auch eine Untersuchung veranlasst werden, was mit dem Wohnraum passiert, deren Nutzer in Altersheime ziehen oder sterben.

Auf den Seiten 26 und 27 wird die Zügigkeit der Schulen behandelt, die zahlenmäßig zurückgehen. Daher sei eine Aussage zu der Zusammenarbeit der Schulen zu treffen im Hinblick auf die Überalterung von Wohngebieten.

Auf Seite 39 ist ein Rückgang der Schüler zu erkennen. Es stellt sich die Frage, wie die Lage in den umliegenden Kommunen aussieht und ob diese vergleichbar ist. Auffällig ist in der Tabelle die Angabe, dass in Bonn mit 54% rund 10% mehr Gymnasiasten vorhanden sind. Auch ist auf Seite 40 auffällig, dass heute weniger Schüler ein Gymnasium besuchen wie vor 30 Jahren. Auf Seite 43 ist die hohe Anzahl Gymnasiasten aus Meindorf auffällig. Es wäre daher die Erstellung eines sozialen Schichtenmodells von Sankt Augustin zur Analyse der Situation wünschenswert.

Seite 45 zeigt auf, dass rund ein Viertel aller Schüler auswärtige Sekundarschulangebote nutzen. Es wird notwendig, etwas gegen diese Wanderungsbewegung zu unternehmen.

Auf Seite 61 weist die obere Tabelle einen erheblichen Rückgang der Schülerzahlen von Jahrgangsstufe 9 zur Jahrgangsstufe 10 aus, obwohl diese Zahlen nach Auffassung von Herrn Dr. Lennartz in etwa gleich bleiben müssten.

Ferner müssten Lösungen bei der Zusammenarbeit der Schulen gefunden werden, um eine gleichmäßige Verteilung der Schüler zu erreichen, was auch durch die Darstellung der Zügigkeit der beiden Gymnasien auf Seite 78 gezeigt wird.

Ferner müssten noch Aussagen getroffen werden zu der Nutzung der künftig leerstehenden Raumkapazitäten (Seite 91), zu den Außenanlagen und zum Schwimmen (S. 97) sowie zu dem Übergang der freiwilligen Offenen Ganztagschule zur Ganztagschule (S. 99).

Auch sei im Schulentwicklungsplan noch mehr auszuführen zu Grundschulverbünden, damit einer Situation wie im letzten Satz auf Seite 100 ausgeführt (...könnte ihren Charakter als katholische Bekenntnisschule vollends verlieren ...) entgegengewirkt werden könne.

Herr Schober nahm im Anschluss zu einzelnen Punkten Stellung. Er verwies insbesondere auf die Schwierigkeiten der zusätzlich bereitzustellenden Räume im Bereich der freiwilligen Offenen Ganztagschule im Gegensatz zur Ganztagschule, bei der die regulären Klassenräume zur Betreuung genutzt würden.

Als mögliche Ursache für die rückläufigen Gymnasiasten vermutete er den Regierungsumzug von Bonn nach Berlin. Dadurch habe sich die Bevölkerungsstruktur in Sankt Augustin stark verändert.

Ferner erläuterte er die Auspendlersituation und die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur in Neubaugebieten.

Im weiteren Verlauf wurden noch die aus Sicht von Herrn Kammel differierenden Bevölkerungsprognosen zwischen Schulentwicklungsplan und Stadtentwicklungskonzept sowie das Zustandekommen der unterschiedlichen Prognosen erläutert. Herr Lübken wies darauf hin, die zugrundeliegenden Zahlen seien zwischen den Dezernaten abgestimmt.

Herr Schober bestätigte, im Schulentwicklungsplan sei die Verkürzung des Abiturs auf 12 Jahre berücksichtigt und die auf Seite 90 dargestellte zukünftige Schulraumsituation beziehe sich auf das Jahr 2010/2011.

In diesem Zusammenhang informierte Herr Lübken über den Sachstand zur Einrichtung der Ganztagshauptschule Niederpleis.

Weiterhin wurde das aus der Mitte der 90er Jahre stammende Raumprogramm, die Erreichbarkeit der Schulen sowie die Veränderung der regionalen Schullandschaft durch die Errichtung der Gesamtschule in Siegburg diskutiert.

Herr Lübken stellte den weiteren Verfahrensablauf zur Beschlussfassung des Schulentwicklungsplanes dar. Danach werde sich dieser Ausschuss in der nächsten regulären Sitzung mit den Ergebnissen aus den Schulkonferenzen befassen und sodann könne im Dezember 2007 der Schulentwicklungsplan beschlossen werden. Damit sei auch noch dem erheblichen Diskussionsbedarf Rechnung getragen.

Herr Waldärtl beantragte für die SPD-Fraktion, den Beschlussvorschlag um einen dritten Punkt zu erweitern. Die Verwaltung solle eine Elternbefragung der 3. und 4. Klassen zur Ermittlung des Bedarfs einer Gesamtschule durchführen. Dies solle mit einer einfachen Abfrage, welche Eltern ihre Kinder auf die Schulform Gymnasium, Realschule, Hauptschule, Gesamtschule schicken möchten, geschehen.

Herr Lübken äußerte hiergegen formale wie inhaltliche Bedenken. Mit einer solchen Elternbefragung könne nicht nebenbei ein Errichtungsverfahren für eine Gesamtschule eingeleitet werden. Dies sei eine so weitreichende Entscheidung, die entsprechend vorbereitet und im politischen Raum beraten werden müsse.

Herr Heitmann stellte den Antrag, die Verwaltung möge eine Elternbefragung zur Ermittlung des Bedarfs für eine integrierte Gesamtschule in Sankt Augustin vorbereiten und diese in den laufenden 3. und 4. Schuljahren durchführen.

Herr Lübken teilte mit, dass unter diesem Tagesordnungspunkt ein solcher Beschluss rein formal nicht gefasst werden könne, weil dieser nicht Gegenstand des Tagesordnungspunktes sei.

Anschließend ließ der Vorsitzende über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen: